

NINO DAVID JORDAN

Schlaraffenland oder Hungersnot?

Wider die gefällige Kontrastierung

Ulrich Busch nimmt den Mythos vom Schlaraffenland als provokanten Aufhänger für seine Abhandlung der Defizite des Grundeinkommens.¹ Die Heranziehung dieses Mythos dient ihm dazu, die Forderungen der Grundeinkommensbefürworter ins Licht des Visionären aber Irrealen, letztlich Absurden zu rücken und als »sozialromantische Utopie« zu klassifizieren. Vornehmlich extreme Umverteilungsbeispiele heranziehend, unterstellt er dem Grundeinkommen per se wirtschaftliche Dysfunktionalität. Busch zeichnet die Kontraste zu scharf. Nicht ohne Grund zieht er einen mittelalterlichen Mythos heran: Stammt dieser Mythos doch aus einer Zeit des existenziell bedrohlichen Mangels, einer Zeit, in der kaum auf eine arbeitsfähige Hand verzichtet werden konnte. Diesem stellt er ein Szenario einer gewaltigen Umverteilung gegenüber – einer Umverteilung, welche angeblich die absolute Entkoppelung von Arbeit und Einkommen bedeuten würde.

Eine solche, unter den gegebenen Umständen wirtschaftlich dysfunktionale Umverteilung ist aber gar nicht nötig, um den »Maulwurf«, der einst vielleicht die Grundprinzipien des Kapitalismus unterhöheln mag, in Gang zu setzen.

Mit einiger Übertreibung schreibt Busch, dass ein Grundeinkommen »jeglichen Zusammenhang zwischen Arbeit und Verbrauch« untergraben würde. Dies aber ist nicht die Leistung, um derentwillen das Grundeinkommen ein »Maulwurf« genannt werden kann. Wenn von der Einführung eines Grundeinkommens geredet wird, so heißt dies zwar, dass eine jede und ein jeder einen gleichen Betrag erhält, der den für die gesellschaftliche Teilhabe notwendigen Bedarf deckt, mehr aber zunächst nicht.

Busch führt an, »dass gegenwärtig 27,6 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland (...) ein Erwerbseinkommen beziehen, das unterhalb der Niedrigeinkommensschwelle liegt. Für sie wäre die Zahlung eines höheren oder gleich hohen Grundeinkommens Grund genug, sich vom Arbeitsmarkt zu verabschieden.« Ob dieser aberwitzigen Unterstellung möge man einen Moment innehalten ... Ist das Einkommen dieser Menschen so niedrig, weil sie bereits gesättigt sind und gar nicht mehr verdienen wollen? Bilden diese 27,6 Prozent gar eine neue asketische Schicht, welche die Jagd nach Luxusgütern aus innerer Überzeugung eingestellt hat? Wenn ja, dann muss Busch sicherlich Recht gegeben werden.

Busch schreibt, dass »eine noch so produktive und reiche Gesellschaft auf Dauer nicht mehr verbrauchen (kann) als sie produziert«,

Nino David Jordan – Jg. 1981; Student der Politikwissenschaften an der Uni Bremen; verantwortlich für die Bremer Campus Zeitung *380 Grad*; Mitglied im *Netzwerk Grundeinkommen*; organisiert in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Initiative in Bremen Veranstaltungen zum Thema Grundeinkommen; mail@ninodavidjordan.de.

¹ Ulrich Busch: Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005).

Der vorliegende Artikel ist eine Antwort auf den Beitrag von Ulrich Busch »Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts des bedingungslosen Grundeinkommens«, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005). Die Debatte zu diesem Thema in UTOPIE kreativ begann in Heft 176 (Juni 2005) mit Beiträgen von Katja Kipping (Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen) und Sascha Liebermann (Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise). Nach dem Beitrag von Ulrich Busch nahm die Diskussion an Intensität und Umfang zu. In UTOPIE kreativ erschienen seither: in Heft 183 (Januar 2006) von Antonín Dick: Befreiung von der Arbeit; in Heft 184 (Februar 2006) von Sascha Liebermann: Freiheit ist eine Herausforderung, kein Schlaraffenland; in Heft 186 (April 2006) von Michael Opielka: Gerechtigkeit durch Sozialpolitik?, von Dieter Zahn: Grundsicherung bedarfsorientiert gestalten, sowie »Thesen für einen neuen Sozialstaat« von Katja Kipping, Michael Opielka und Bodo Rame-low; in Heft 187 (Mai 2006) von Lutz Brangsch: Ein vergessenes Konzept der PDS, und von Judith Dellheim: Grundsicherung oder Grundeinkommen. Im vorliegenden Heft kommt neben Nino David Jordan auch Karl Reitter zum Thema zu Wort.

und wirft dem Grundeinkommen damit mangelnde Nachhaltigkeit vor. Sicherlich muss die Höhe des Grundeinkommens zunächst so beschaffen sein, dass genug Anreize zur Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums verbleiben. Die Bedeutung dieser Anreize darf im Rahmen einer kapitalistischen Weltwirtschaft sicherlich nicht ausgeblendet werden. Eben gerade deshalb formuliert Philippe Van Parijs, einer der prominentesten Vordenker des Grundeinkommens, die Forderung nach einem Grundeinkommen auf dem höchsten noch nachhaltigen Niveau.

Ein Grundeinkommen kann sicherlich nur dann realistisch gefordert werden, wenn man auf einer grundlegenden Prämisse aufbaut: Die meisten Menschen wollen, sofern sie nicht die Not dazu treibt, entweder arbeiten, um sich selbst zu verwirklichen, oder um sich mehr Luxusgüter zu verschaffen. Die Unterstellung, keiner würde mehr arbeiten wollen, wenn die »Disziplin des Hungers« wegfalle, ist absurd. Sicher mag es sich mit einigen so verhalten. Anderen aber würde ein Grundeinkommen den Ausweg aus der Armutsfalle ermöglichen. Unter den jetzigen Umständen ist es oft irrational, arbeiten zu gehen – etwa dann, wenn einem ein Großteil des Verdienstes auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird. Auch Existenzgründungen erweisen sich als schwierig, wenn nicht auf ein laufendes Einkommen zurückgegriffen werden kann.

Busch meint, dass die Verwirklichung des Prinzips »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« die Entwicklung der Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis zur Voraussetzung habe. Aber eben die Erfahrung dieses Bedürfnisses nach tätiger Auseinandersetzung mit der Umwelt kann schwerlich vor dem Hintergrund eines Zwangsverhältnisses geschehen. Wahrscheinlicher ist es, dass unter den gegebenen Umständen dieses Bedürfnis im Rahmen einer individuellen Bewältigungsstrategie vorgeschoben wird: Wenn ich schon muss, dann will ich wenigstens wollen.

Die weiterhin von ihm als Bedingung postulierte »Begrenzung des Konsums auf ein vernünftiges Maß« lässt sich kaum vermeiden, wenn man die Höhe des Grundeinkommens an die Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftssystems anpassen muss. Dass das Grundeinkommen äquivalent zur Forderung nach einer »von der Arbeit befreiten Konsumgesellschaft« sei, ist unhaltbar, da selbst ein Grundeinkommen von 1 500 € immer noch vielen den Anreiz zur Arbeit belassen würde. Und das unter anderem gerade auch, um mehr zu konsumieren. Busch macht den Fehler, so zu tun, als ob das Grundeinkommen gleichzusetzen wäre mit einer Gesellschaft, in der allein auf den Arbeitswillen der Menschen vertraut würde, alle aber ansonsten gleich viel konsumieren dürften.

Er schreibt, dass ein universell angewendetes Grundeinkommen »ökonomisch nicht tragfähig und finanziell nicht realisierbar« wäre. Natürlich wäre es unmöglich, alle zu Grundeinkommensbeziehern zu machen, wenn in der Folge niemand mehr arbeiten würde. Dass dem so wäre, ist allerdings ausgesprochen unwahrscheinlich, zumal sich die Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) an der volkswirtschaftlichen Produktivität orientieren müsste. Ein Großteil von Buschs Argumentation beruht auf der Vorstellung, niemand würde arbeiten, aber alle würden schlemmen. Ihren Ausdruck

findet dies in von weit her geholten Beispielen, wie etwa der konsequenten Umverteilung aller Einkommensteile oberhalb des Durchschnittseinkommens über Steuern und Beiträge zugunsten der Nichtarbeitenden. Diese Vorstellung hat aber nichts mit dem mittelfristig zu verwirklichenden BGE zu tun, vielmehr wird sie als gefälliger rhetorischer Sparringspartner herangezogen.

Laut Busch passe das BGE nur zu einer Gesellschaft im Überfluss. Hiervon könne im Falle Deutschlands aber nicht ausgegangen werden. Die momentan vorgenommene Umverteilungsleistung ist aber bereits gigantisch: 1997 lag der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung bei 43,6 Prozent.²

Um die angeblich klaffende Finanzierungslücke für ein BGE auszumalen, beziffert Busch die bei einer monatlichen BGE-Höhe von 1 000 € pro Kopf entstehenden Kosten mit 95,4 Prozent des Gesamtbudgets der öffentlichen Haushalte. Zur Finanzierung Steuererhöhungen heranzuziehen, lehnt er als für die Zukunftsentwicklung kontraproduktiv ab. Hierbei blendet er völlig aus, dass jede und jeder Grundeinkommen beziehen würde, der Staat ihr oder ihm also auch dementsprechend wieder mehr abziehen könnte. Letztlich würden die Ausgaben nicht viel höher sein als bei einer negativen Einkommenssteuer ohne Arbeitszwang.³ Weiterhin hält er es für unverantwortlich, ein BGE einzuführen, wenn nicht vorher die zu erwartenden ökonomischen Effekte, z. B. die damit zunächst einher schreitende Inflation, hinreichend analysiert würden. Dieser Gedanke mag sicherlich sehr vernünftig sein. Obwohl das Grundeinkommen ein sehr einfaches und eben gerade dadurch so elegantes Konzept ist, muss die Genauigkeit der Folgenabschätzung aber zwangsläufig durch die Komplexität der Sache beschränkt sein. Hier spielen einfach zu viele Faktoren mit hinein, als dass die Wirtschaftswissenschaft, deren Prognosen ohnehin allzu oft nicht Bestätigung finden, diese vorab vollends ergründen könnte. Da die Einführung eines Grundeinkommens aller Wahrscheinlichkeit nach aber eher schrittweise denn abrupt erfolgen dürfte, sind es paradoxerweise gerade die dem Grundeinkommen entgegen stehenden Interessen, welche dafür sorgen, dass die Grundeinkommensbefürworter vom Vorwurf des sozio-ökonomischen Großexperiments freigesprochen werden müssen.

Buschs Alternative zum Grundeinkommen – die Aufwertung des Dritten Sektors – muss, eben aufgrund der von ihm selbst geschilderten »Verwertungslogik des Kapitals, welche die gesellschaftliche Reproduktion auf bestimmte Tätigkeiten reduziert, andere jedoch, obwohl nicht weniger nützlich, aber ausschließt«, wenn nicht als utopisch, so doch als bedeutend komplizierter und administrativ aufwändiger in der Umsetzung angesehen werden. Um Anleihen beim Neoliberalismus zu machen: Wäre es nicht vielleicht effizienter, die hierfür notwendige Bürokratie beiseite zu lassen und Raum für private Initiative zu schaffen? Dies soll kein Plädoyer gegen den weiteren Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sein – im Gegenteil, das Zurückschrauben öffentlicher Güter birgt die Gefahr, dass der Freiheitszugewinn eines Grundeinkommens auf die freie Zeiteinteilung innerhalb der eigenen vier Wände beschränkt bliebe. Nur sollte der Staat seinen administrativen Aufwand auf die Erbringung von Leistungen konzentrieren – nicht darauf, möglichst viele Leute dabei zu beschäftigen.

2 <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm1998/p1490026.htm>.

3 Wobei die Höhe der Ausgaben selbstverständlich immer noch nicht genau abschätzbar ist, jedoch bedeutend niedriger läge als von Busch veranschlagt.

Eine weitere von Busch aufgezeigte Alternative wäre, die »Höhe des Einkommens weniger von der individuellen und mehr von der gesamtgesellschaftlichen Leistung abhängig« zu machen. Hier stellt sich wieder die Frage, ob eine solche staatliche Regulierungsmaßnahme nicht ebenfalls sehr viel komplizierter zu handhaben wäre, als schlicht ein Grundeinkommen auszuzahlen. Verlangte man diese Lohnsteigerung staatlicherseits von den Unternehmen, so würden viele von ihnen wahrscheinlich mit der Abwanderung drohen können. Die Gewerkschaften, deren traditionelle Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, dass sich die jeweiligen Steigerungen von Lohn und Produktivität nicht allzu sehr voneinander entfernen, sehen sich ja genau diesem Dilemma ausgesetzt. Überbrückte der Staat diese Kluft hingegen durch Kombilöhne oder eine negative Einkommenssteuer mit Arbeitszwang, so dürften die erwartbaren Mitnahmeeffekte dieser Unternehmenssubvention die Angelegenheit dermaßen verteuern, dass die Möglichkeiten zur Finanzierung eines moderaten Grundeinkommens plötzlich in greifbare Nähe rückten.

Weiterhin kritisiert Busch die Idee des Grundeinkommens aufgrund der Tatsache, dass diesem keine gesellschaftliche Akzeptanz entgegen komme. Diese mag sicherlich ein strategisches Argument sein, wenn es darum geht, verschiedene Handlungsalternativen zu erwägen. Auf die Idee des Grundeinkommens selbst kann dies kein Angriff sein. Aber selbstverständlich tragen Beiträge wie der von Busch, auch wenn sie die Debatte befruchten, nicht gerade dazu bei, die dem Grundeinkommen entgegengebrachte Akzeptanz zu erhöhen.

Warum das Grundeinkommen aber wirklich als die kapitalistische Gesellschaftsordnung untergrabender »Maulwurf« bezeichnet werden kann, bleibt außerhalb der Reichweite von Buschs Aufsatz. Es ist insofern ein »Maulwurf«, als dass das BGE den Menschen die notwendige Basis dafür geben könnte, *fernab privater oder staatlicher Zwangsverhältnisse* ökonomische Akteure nach eigener Façon zu werden. Die Errichtung selbstbestimmter, demokratischer Wirtschaftsweisen von unten, die ohne ein Grundeinkommen stets ein Wagnis darstellen und oft genug an der Härte der Konkurrenz zerschellen mussten, würde durch ein BGE ermöglicht. Ob die Menschen ein BGE dazu nutzen, das bliebe ihnen selbst überlassen. Sollten sie es tun, so wäre dies der Keim einer friedlichen und gemächlichen Revolution – in den Köpfen wie an den Maschinen.